

selbstverständlich, der Initiative in unserem Büro Raum zu geben." Man habe zwar eigentlich erwartet und darauf gehofft, dass die Konflikte und Probleme im Laufe der Zeit weniger werden würden. Doch die Erfahrungen zeigen das Gegenteil.

Die Mitarbeiter der neuen Initiative erwarten gerade jetzt einen großen Beratungsbedarf. "Nachzahlungen bei Neben- und Heizkosten stellen viele Erwerbslose vor große Probleme. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass diese Nachzahlungen auf Antrag in aller Regel vom Landkreis übernommen werden müssen. Betroffene sollen sich mit gegenteiligen Auskünften nicht abspesen lassen." Die Sozialgerichte hätten Pauschalierungen dieser Kosten eine Absage erteilt: "Wenn Miete und Nebenkosten im Rahmen der Sätze der Wohngeldtabelle liegen, müssen die Nebenkosten in voller Höhe erstattet werden." Bei den Heizkosten seien so viele Faktoren zu berücksichtigen, dass eine Begrenzung dieser Kosten nur für den Fall nachweislich unwirtschaftlichen

Heizens möglich sei.

"sic!" beklagt, dass es immer wieder Fälle gebe, in denen sich der Landkreis nicht an die Vorgaben der Sozialgerichte halte und die Betroffenen deshalb Widersprüche und Klagen einreichen müssten: "Wer seine Ansprüche durchsetzen will, muss sich selbst kundig machen und sich im Zweifel wehren." Die Initiative will Betroffene hierbei unterstützen.

Neben der Möglichkeit der persönlichen Beratung hat die Initiative unter [www.sic-celle.de](http://www.sic-celle.de) Tipps ins Internet gestellt. Fragen können auch per e-mail gestellt werden an: [sic-celle@web.de](mailto:sic-celle@web.de).

Telefonisch ist die Initiative zu den Büroöffnungszeiten unter 05141-2790436 zu erreichen. Die Gruppe hofft zudem darauf, weitere Interessierte anzusprechen, um den Erfahrungsaustausch und die Beratungsmöglichkeiten auszuweiten.

---

## Neue soziale Bewegungen in Celle (1)

# Bürgerinitiativen gegen eine WAA und ein Atommüllendlager im Landkreis Celle

Vor 30 Jahren, am 22. Februar 1977, gab Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht bekannt, dass die Landesregierung Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg als Standort für eine geplante Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) und das Endlager für Atommüll ausgewählt habe. Vorausgegangen waren 12 Monate, in denen auch Lutterloh im Landkreis Celle zu den möglichen Standorten für ein Atommüllendlager und die WAA zählte. In Hermannsburg, Unterlüß, Eschede und Celle entstanden in dieser Zeit Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, von denen die seinerzeit bedeutendste die BI Südheide war.

Im Februar 1976 war durch einen Bericht in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung durchgesickert, dass zu den mögliche Standorten für eine atomare WAA und ein Atommüllendlager auch Lutterloh im Landkreis Celle gehörte. Zwischen 1973 und 1975 hatte die KEWA (Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft) eine Standortsuche in Niedersachsen durchgeführt. Wichtige Kriterien waren das Vorhandensein eines Salzstocks für die Endlagerung des Atommülls und eine dünnbesiedelte Region. Von 24 überprüften Standorten waren am Ende Wippen im Emsland, Lutterloh bei Unterlüß in der Lüneburger Heide und Lichtenmoor bei Nienburg in die engere Auswahl gekommen. Fast wäre übrigens auch der Salzstock Mariagluck bei Höfer dabei gewesen.

### BEWEGUNGSGESCHICHTE

**Dies ist der erste Teil eines Rückblicks in die regionale Bewegungsgeschichte, den wir in den folgenden Ausgaben fortsetzen wollen. Seitens des Archiv für Neue soziale Bewegungen ergeht deshalb hier die Aufforderung an ältere AktivistInnen, ihre Flugblatt- und Materialsammlungen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere für die 1970er Jahre gibt es etliche Lücken im Archiv. Setzt Euch bitte mit dem Archiv in Verbindung unter [buha-archiv@t-online.de](mailto:buha-archiv@t-online.de) oder jeden Donnerstag zwischen 17 und 19 Uhr im Bunten Haus.**

Am 25. und 27. Februar berichtete die Cellesche Zeitung erstmals, ohne allerdings von den zuständigen Stellen genauere Informationen bekommen zu haben. Eine Standortskizze wies eine Fläche zwischen Unterlüß und Lutterloh im Norden sowie Starkshorn und die Escheder Mariensiedlung mit Stüttloh im Zentrum als geplante Fläche aus. Der 33 Quadratkilometer große, als Endlager vorgesehene Salzstock Weesen-Lutterloh zieht sich von hier in Richtung

Hermannsburg und Weesen. Ein Eisenbahnanschluss sollte von Unterlüß her erfolgen.

Der SPD-Ratsherr Albrecht Schack brachte das Thema bereits drei Tage nach Bekanntwerden auf die Tagesordnung einer Sitzung des Hermannsburger Gemeinderates. Die Beunruhigung in der Bevölkerung zeigte sich darin, dass 150 Besucherinnen und Besucher zu dieser Ratssitzung erschienen. Im anschließenden Bericht der CZ heißt es u.a.: "Die Mehrheit der Ratsherren, soweit sie sich zu Wort meldeten, war gegen die Herstellung einer solchen Anlage im Gemeindebereich. Am liebsten wolle man die ganze Lüneburger Heide von solch einer Deponie verschont wissen. ... Thema der Fragestunde der Einwohner war ausschließlich die Atommüllbeseitigung. Die Meinung ging von Befürchtungen für Leben und Gesundheit über Bürgerinitiativen bis zum handfesten Protestmarsch. ..." (CZ, 05.03.1976)

Erst am 30. März wurden Rat und Verwaltung der Gemeinde Hermannsburg sowie die Landkreisverwaltung offiziell von Ministeriumsvertretern und Betreibergesellschaft über das Projekt unterrichtet. Die vom Gemeinderat formulierte Erwartung einer umfassenden Information der Bevölkerung wurde allerdings enttäuscht. In einer politischen Konstellation, in der zum einen die SPD/FDP-Bundesregierung das Atomenergieprogramm massiv forcierte und auf der anderen Seite die CDU/FDP-Landesregierung das Projekt WAA und Endlager in Niedersachsen betrieb, fanden sich im seinerzeitigen Spektrum der Parlamentsparteien zudem keine Anknüpfungspunkte (die Grünen gründeten sich erst 1980). Die Proteste gegen das geplante Atomkraftwerk Wyl (bei Freiburg) und das AKW Brokdorf (bei Hamburg) hatten in den Jahren 1974/75 allerdings einen Weg gegen die parteiübergreifende Atomenergiebefürwortung gezeigt: Dort waren Bürgerinitiativen gegründet worden, die mit Unterschriftensammlungen, Klagen, Demonstrationen und dem spektakulären Mittel der Bauplatzbesetzung ihre Einwände vorbrachten.

Am 20. Mai bildete sich in Hermannsburg die Bürgerinitiative Südheide für den Schutz vor Kernenergiegefahren. Schon auf der ersten Sitzung am 28. Mai sprachen sich 36 von 38 TeilnehmerInnen dafür aus, nicht allein gegen die WAA, sondern gegen "die Nutzung der Kernenergie im allgemeinen" agieren zu wollen. Man einigte sich auf eine Vereinsgründung, ein vorläufiger Vorstand wurde benannt, Arbeitsgruppen wurden gebildet und eine Informationsveranstaltung mit dem bekannten Atomenergiekritiker Karl Bechert vorbereitet. Im Anschluss an diese Veranstaltung, die am 10. Juni stattfand, unterschrieben rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Aufruf gegen die geplanten Atomanlagen.

Sich selbst kundig zu machen und die Bevölkerung zu informieren - darum ging es der Bürgerinitiative in einem ersten Schritt. Die politisch Verantwortlichen unter Druck zu setzen, war der zweite Schritt. Da im September Kommunalwahlen anstanden, wurden z.B. alle Ratsmitglieder in Hermannsburg gebeten, sich konkret zu äußern - 19 von 23



### Anti AKW-Flugblatt 1979

Ratsmitgliedern sprachen sich gegen die Anlage aus, drei enthielten sich, nur ein Ratsherr war dafür. Die Bundes- und Landtagsabgeordneten wurden angeschrieben; in der SPD wurde eine Diskussion entfacht.

Die verantwortlichen Ministerien, Politiker und Betreiber begegneten der Verunsicherung der Bevölkerung zum einen damit, auf Zeit zu spielen: Ob der Entsorgungspark (so die euphemistische Sprachregelung aus dem Forschungsministerium) an einem dieser möglichen Standorte gebaut werde, hänge vom Ausgang der Analysen ab. Zum anderen setzte man darauf, einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung herbeiführen bzw. eine Pro-Fraktion aufbauen zu können: 3,8 Milliarden Mark würden investiert werden; 3600 Arbeitsplätze würden durch den Betrieb von WAA und Endlager entstehen, wovon drei Viertel durch Kräfte aus der örtlichen Bevölkerung besetzt würden; das in der Region verbleibende Steueraufkommen würde sich auf jährlich 97 Millionen Mark belaufen. (CZ, 29.03.1976) Und selbstverständlich versicherten Experten, dass die Strahlenbelastung nicht höher sei als die der bestehenden deutschen Kernkraftwerke. Deshalb sei auch eine Sicherheitszone außerhalb der Umzäunung nicht erforderlich, was Celles Oberkreisdirektor Axel Bruns zu der Aussage veranlasste: "Da können dann die Kühe genau so auf die Weide gehen und gemolken werden wie jetzt auch!" (CZ, 31.03.1976)

Der Staatssekretär im Forschungsministerium, Volker Hauff (SPD), versicherte dem Celler Bundestagsabgeordneten Olaf Sund (SPD): "Die Sicherheit von Mensch und Umwelt ist voll gewährleistet!" (CZ, 21.04.1976) Sund veranstaltete im April einen Informationsabend in Unterlüß; über 300 Bürger diskutierten mehr als drei Stunden lang mit den vom Bundestagsabgeordneten eingeladenen Experten aus dem Ministerium und der Wirtschaft (Manfred Hagen vom

Forschungsministerium, Klaus Hannecke von der KEWA und Rechtsanwalt Jürgen Sagemühl von den RWE). Bei all den Sicherheitsbetuerungen wunderte es die Veranstaltungsbesucher dann aber doch, dass der Schornstein bis zu 400 Meter hoch sein müsse. (CZ, 24.04.1976)

Der Kreistag unternahm im Mai eine zweitägigen Besichtigungsfahrt zur Versuchs-WAA nach Karlsruhe und dem AKW Biblis. Den Artikel in der Celleschen Zeitung schrieb nicht der sonst meist mit der Frage befasste Klaus von der Brelie (vdB), sondern der als ausgemachter Reaktionär bekannte Walter Klotz. So konnte man bei seinem Bericht den Eindruck gewinnen, rund um Atomanlagen seien reinste Inseln der Glückseligkeit entstanden. (CZ, 15.05.1976) - Im August besuchte der Kreistag, der das Thema übrigens nie in einer öffentlichen Sitzung behandelte, noch das Atommüllendlager Asse II bei Wolfenbüttel. (CZ, 17.08.1976)

Der Oberkreisdirektor musste in seiner Funktion als Katastrophenschutzleiter die Fahrt nach Karlsruhe und Biblis noch am ersten Tag abbrechen und nach Celle zurückkehren. Ein Waldbrand war ausgebrochen. Bei Lutterloh sind 900 Hektar Wald verbrannt, titelte die CZ. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt? Es ist wirklich absolut verblüffend, dass die schließlich abgebrannte Fläche fast deckungsgleich war mit dem für die WAA vorgesehenen Gelände. Gerüchte über mögliche Brandstiftung waren im Umlauf. (CZ, 11., 12., 19.05.1976) Auch die später für die WAA in Gorleben-Gartow vorgesehenen Flächen sind Waldbränden zum Opfer gefallen, bevor die Aufkäufer der Betreibergesellschaft bei den Besitzern anklopfen.

Neben der Bürgerinitiative in Hermannsburg waren im Frühjahr auch Initiativen in Eschede und Unterlüß entstanden, während die Gründung einer BI in Celle noch bis in den Herbst auf sich warten ließ. Die Initiativen arbeiteten zunächst vor allem mit Flugblättern und nutzten die Leserbriefspalten der Celleschen Zeitung. Um die Ablehnung des Projekts durch die Bevölkerung deutlich zu machen, führte die Bürgerinitiative am 8. August eine Protestkundgebung mit 300 TeilnehmerInnen am Standort der geplanten zweiten Probebohrung durch. Eine Bäuerin stellte daraufhin eine Wiese als Zeltplatz zur Verfügung, von dem aus die Aktivitäten der Betreiber beobachtet werden konnten; als Info-Zentrum konnte kurz darauf eine Jagd-Hütte von Günter Mast, Inhaber der Wolfenbütteler Jägermeister-AG, genutzt werden.

Am 31. Juli und am 14. August hatten die Gemeinden Unterlüß und Hermannsburg zu Podiumsdiskussionen eingeladen, bei denen neben Befürwortern mit Holger Strohm (nur in Unterlüß) sowie Dieter von Ehrenstein und Walter Soyka von der Universität Bremen auch ausgewiesene Atomenergiekritiker beteiligt waren. Jeweils über sieben Stunden lang wurde gestritten, in Hermannsburg unter Beteiligung von rund 450 BürgerInnen. (CZ, 05.08. und 16.08.1976)

Die politisch verantwortliche Landesregierung sah sich wegen der Proteste zur Aussetzung der Probebohrungen ver-

anlasst, die am 17. Juni bei Lutterloh begonnen hatten. Am 18. August teilte der niedersächsische Wirtschaftsminister Leisler Kiep in Hermannsburg mit, "daß er die Probebohrungen zur Erkundung der Salzstöcke, die für den Bau einer Atommülldeponie in Frage kommen, habe stoppen lassen. Als Begründung sagte der Minister, die Bevölkerung in der Umgebung der drei möglichen Standorte ... sei nicht ausreichend informiert gewesen, als man mit den Bohrungen begonnen habe." (CZ, 19.08.1976)

Die Bürgerinitiative ging davon aus, dass die Probebohrungen nach der am 3. Oktober angesetzten Bundestagswahl fortgesetzt werden würden. Zu einer Veranstaltung mit dem Atomenergiekritiker Bodo Manstein zum Thema Radioaktivität und Gesundheit kamen am 10. September in Hermannsburg über 500 Zuhörer. Als Höhepunkt der Herbstkampagne fand am 18. September 1976 eine Demonstration mit Abschlusskundgebung am geplanten Standort statt.

Der anschließende Bericht in der CZ unter der Überschrift Protest gegen Atommülldeponie wird deutlicher - Über 3000 "gingen in die Pilze" nach Lutterloh gibt einen Eindruck von der Veranstaltung:

"Wir sind in Niedersachsen" und "Auf der Lüneburger Heide ..." spielte die Bavener Blaskapelle am Sonnabendnachmittag auf einer großen, grünen Wiese südöstlich von Lutterloh zur Unterhaltung der 3000 Bürger, die der Einladung der Bürgerinitiativen aus Hermannsburg und Suderburg gefolgt waren und sich unter dem Motto: "Wir gehen in die Pilze!" in der Nähe der zweiten Bohrung zur Erkundung des als Atommülldeponie eventuell in Frage kommenden Salzstock über die Probleme der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen und der Lagerung radioaktiven Abfalls informierten.

Kreisjägermeister von Bothmer, der Vorsitzende der Bürgerinitiative in Hermannsburg, eröffnete die Kundgebung mit dem Hinweis, daß man "parteipolitisch und konfessionell ungebunden" den Bau der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage und ihre Inbetriebnahme "zum Schutze der Bevölkerung" verhindern wolle. Dieses Ziel wolle man "auf legalem Wege erreichen". Es ginge den Bürgerinitiativen, die inzwischen fast überall im Landkreis Uelzen, in Unterlüß, Eschede und Celle entstanden sind, nicht nur darum den Bau der geplanten Anlage "in unserer engeren Heimat" zu verhindern, "sondern grundsätzlich, wo immer es auch sein mag". Von Bothmer begründete seine Ablehnung "mit der durch vielerlei Informationen gewonnenen Erkenntnis, daß solche Anlagen ein unbekanntes und unglaubliches Risiko für uns und besonders für die nachkommenden Generationen" sind. ...

In lockerer Folge wechselten sich anschließend Musikedbietungen und Kurzvorträge ab. Die Redner machten ihren Standpunkt deutlich und meinten, die Bevölkerung müsse sich noch mehr wehren, weil die Anlage schon im Normalbetrieb 1000mal so viel radioaktive Substanzen an die Umwelt abgebe wie ein großes Kraftwerk. Weil bei der Wiederaufarbeitung hochgiftiges Plutonium entstehe, das auf der Welt als natürlicher Stoff nicht existiert und von dem ein

pampelmusengroßes Stück genüge, um die gesamte Menschheit umzubringen, und weil die Lagerung der 2400 Jahre strahlenden Abfälle in einem Salzstock nicht sicher sei.

...

Aus Whyl war eine kleine Gruppe angereist, die vom dortigen Protest gegen den Bau eines Kernkraftwerkes berichtete, und aus Lichtenhorst, wo möglicherweise auch eine Atommülldeponie und Wiederaufarbeitungsanlage gebaut werden soll, war ein Gesangsverein gekommen, der wiederholt seine "Lichtenmoorit" vortragen mußte. Darin heißt es im Refrain: "Mori, morei, Moruschkaka, dat Ding kummt hier nich her; mori, morei, moruschkaka dor sett wi uns tau Wehr!" (CZ, 20.09.1976)

Die Probebohrungen wurden auch nach der Bundestagswahl nicht wieder aufgenommen. Doch der Protest blieb. Die Bürgerinitiative Hermannsburg hatte sich am 16. August als e.V. konstituiert; Mitte September hatte man 215 Mitglieder, Ende des Jahres war die Zahl auf 325 angestiegen. (CZ, 30.12.1976) Die Arbeitsweise blieb trotz der formalen Vereinsgründung basisdemokratisch, d.h.: Was gemacht wurde und wie, entschied nicht ein Vorstand, sondern wurde auf den wöchentlichen Treffen besprochen und von AG's in Angriff genommen.

Eine gemeinsam von den Bürgerinitiativen Südheide, Ostheide und Uelzen durchgeführte Unterschriftensammlung gegen die WAA und das Endlager wurde von 30.000 BürgerInnen unterstützt und am 10. Dezember dem Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zugestellt. (CZ, 13.12.1976)

Im Dezember startete die BI auch eine Bürgerbefragung in Hermannsburg: Die Unterschriftenlisten hatten folgenden Wortlaut: "Als Bürger der Gemeinde Hermannsburg bin ich gegen die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie". Von 5741 erwachsenen Einwohnern wurden bei der Hausbefragung 2407 angetroffen. Davon unterschrieben 88 %.

Auf Initiative der BI Südheide hin war zwischenzeitlich eine der ersten Anti-AKW-Zeitschriften mit dem Titel Atommüll entstanden. Mit vielen Flugblättern wurde die Bevölkerung über die Gefahren des Projekts informiert. Heute kann es fast überraschen, wie es den Aktivisten gelingen konnte, in kurzer Zeit ein hochkomplexes Thema inhaltlich fundiert aufzubereiten und die Beschwichtigungs- und Fortschrittsformeln von Politik und Betreibern als Propaganda zu enttarnen.

In den Initiativen kamen tatsächlich BürgerInnen aus unterschiedlichen Milieus zusammen; wertkonservative Naturschützer und Landwirte arbeiteten zusammen mit sozialdemokratisch orientierten Bildungsbürgern und rebellischen Jugendlichen. Während sich Teile der evangelische Kirche intensiv mit dem Problem befassten, fällt die Zurückhaltung der gewerkschaftlich orientierten Arbeiterbewegung auf. Die lokalen CDU-Gremien verzichteten weitgehend auf eine öffentliche Positionierung, fast eine Ausnahme stellt eine Veranstaltung des CDU-Ortsverbandes



Garßen im Dezember dar, bei der vor rund 75 TeilnehmerInnen Vertreter der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) ihren Lobbyismus betrieben. (CZ, 21.12.1976) Mehr Probleme mit dem Phänom der Bürgerinitiativen hatte die lokale SPD. Die Pro-Atom-Linie der Schmidt-Partei konnte kaum kaschiert werden; lokale Repräsentanten wie Olaf Sund oder der Landtagsabgeordnete Fritz Riege betonten die Dialogbereitschaft der Partei und würdigten die Arbeit der Bürgerinitiativen grundsätzlich als demokratiebelebendes Moment. (CZ, 04.01.1977)

Am 11. November 1976 hatte Ernst Albrecht eine Standortentscheidung in den nächsten Wochen angekündigt. Nach der Septemberdemonstration war in Lutterloh eine Info-Hütte entstanden, von der aus das Geschehen im Forst beobachtet wurde. Trotz der Erfahrungen mit einem äußerst brutalen Polizeieinsatz bei der versuchten Bauplatzbesetzung in Brokdorf am 30. Oktober, wozu sieben BI-Mitglieder ein Augenzeugenprotokoll vorlegten, war eine Option, "die Einrichtung der Baustelle bzw. den Bau durch die Besetzung des Bauplatzes zu verhindern", wie zwei Aktivisten auf der Mitgliederversammlung am 13. Dezember forderten. Ob es dazu gekommen wäre und ob alle Teile der Bürgerinitiative eine solche Aktion mitgetragen hätten? Der BI blieb eine solche Zerreißprobe erspart.

Am 22. Februar 1977 benannte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) völlig überraschend Gorleben als Standort für das so genannte Nukleare Entsorgungszentrum. Die Hermannsburger BI organisierte am Abend der Entscheidung eine Solidaritätskundgebung im Ort, an der 500 Menschen teilnahmen. Es war allen klar, dass - wie ein Redner sagte - durch die Wahl Gorlebens die Gefahr und Bedrohung in keiner Weise geringer geworden sei. Und der eingangs schon erwähnte Albrecht Schack brachte in seiner Ansprache einen Teil des Lernprozesses so zum Ausdruck: "Wir fragen, welche Art und wieviel Wachstum wir uns noch leisten können. Wir wollen wissen, wie die Folgen der Technik tatsächlich beherrscht werden können, was das kostet, wer das bezahlt und wie die Gesellschaft aussieht, die mit diesen Folgen zu leben hat. Wir sind sicher, dass viel mehr Menschen auf unserer Seite stünden, wenn sie über die wahren Risiken genügend aufgeklärt wären." Die BI Südheide unterstützte den Aufbau der BI Lüchow-Dannenberg und beteiligte sich auch organisatorisch an der ersten größeren Demonstration in Gorleben am 12. März 1977.

(RR)